

## NACHRICHTEN

## König lenkt im Streit um Busfahrpläne ein

Illingen. Illingens Bürgermeister Armin König, CDU, hat im Streit mit der Führung der Neunkircher Verkehrs AG (NVG) offenbar eingelenkt. In den letzten Tagen hatte er die NVG scharf kritisiert, weil sie nicht zu Gruppengesprächen mit allen Bürgermeistern und Ortsvorstehern bereit war, die von den Fahrplan-Änderungen zum 26. Februar betroffen sind. Jetzt ging bei der NVG ein Schreiben ein, in dem König die NVG-Führung zu einer Informationssitzung des Illinger Gemeinderates am kommenden Montag einlädt. *jam*

## Wahl in Blieskastel: Berufung eingegangen

Saarlouis/Blieskastel. Die Berufung der Stadt Blieskastel gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts vom 1. Dezember, das den Landrat verpflichtet hatte, die Bürgermeisterwahl vom April 2005 für ungültig zu erklären, ist am 11. Januar beim Oberverwaltungsgericht in Saarlouis eingegangen. Dies teilte das Gericht gestern mit. SPD-Chef Achim Jesel hatte die Wahl mit der Begründung angefochten, die CDU habe unrechtmäßig Wählerdaten vom städtischen Meldeamt erhalten. *red*

## Fortbildung für „Elterntainer“

Nalbach/Saarbrücken. Eine Fortbildung für „Elterntainer“ bietet der Landesverband des Deutschen Kinderschutzbundes am Freitag, 19. Januar, ab 9 Uhr in der Saarbrücker Jugendherberge an. Die Veranstaltung richtet sich an Interessierte, die eine Ausbildung zum Leiter des Kurses „Starke Eltern - Starke Kinder“ gemacht haben. *dgl*  
**Anmeldung** unter Telefon (0 68 38) 86 00 60

## Vortrag über die EU in der Graf-Werder-Kaserne

Saarlouis. Mit dem Thema „Die Aufgaben der EU im Vergleich zu den Nationalstaaten“ eröffnet der Generalsekretär der FDP Saar, Jorgo Chatzimarkakis, am heutigen Donnerstag, 19.30 Uhr, die diesjährige Vortragsreihe der Sektion Saar in der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW). Die Veranstaltung findet im Offiziersheim neben der Graf-Werder-Kaserne in Saarlouis statt. *red*

## Lehrer protestieren gegen Steuergesetz

Blieskastel. Die Lehrer am Blieskasteler Von-der-Leyen-Gymnasium protestieren auf ungewöhnliche Weise gegen das neue Steuergesetz, wonach häusliche Arbeitszimmer ab 2007 nicht mehr steuerlich absetzbar sind. Vom Schulträger, dem Saarpfalz-Kreis fordern rund 80 Prozent der 58 Lehrkräfte je ein eigenes Arbeitszimmer im Schulgebäude. Die Aktion ist Teil einer Kampagne der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). *zal*

## Produktion dieser Seite:

Thomas Schäfer  
Oliver Schwambach

## Politik/Nachrichten

Telefon: (06 81) 5 02 22 12  
Fax: (06 81) 5 02 22 99  
E-Mail: politik@sz-sb.de

## Team Politik/Nachrichten:

Ulrich Brenner (ulb, Leiter), Monika Kühnborth (ika, stellv. Leiterin), Oliver Georgi (oge), Roman Länger (rol), Iris Neu (ine), Sabine Schorr (sa), Jörg Wingertzahn (jow)

## FDP Saar kündigt der Europäischen Bewegung

## Generalsekretär Chatzimarkakis: Peinliches Büroversehen

**Ärger bei den Saar-Liberalen: Die Parteizentrale hat den Austritt aus der Europäischen Bewegung, einem Dachverband saarländischer Organisationen, erklärt. Angeblich war es ein Büroversehen.**

Von SZ-Redakteur  
Michael Jungmann

Saarbrücken. Ein Satz aus der Feder von Rosemarie Geihs, neue Chefin der FDP-Landesgeschäftsstelle, sorgt bei den Saar-Liberalen für Aufregung: „Hiermit kündigen wir mit sofortiger Wirkung die Mitgliedschaft in der Europäischen Bewegung.“ Dieses Schreiben adressierte die Parteizentrale am 9. Januar 2007 an den Dachverband der Vereine, Verbände und Organisationen im Land, die sich dem europäischen Gedanken verpflichtet haben. Will ausgerechnet die Partei, die im letzten Europawahlkampf von sich behauptete, „wir können Europa besser“, sich aus der überparteilichen Bewegung verabschieden?



Jorgo Chatzimarkakis



Christoph Hartmann

ben. Ich ahne Spargründe. Das hat doch Symbolcharakter, wenn man so etwas macht.“ Chatzimarkakis recherchierte in den eigenen Reihen und berichtete später von einem „peinlichen Büroversehen.“ Die neue Chefin der Landesgeschäftsstelle sei in einer Liste in die falsche Zeile geraten. Die Frau selbst wollte dazu nichts sagen.

Die Anweisung, bei diversen Organisationen die Mitgliedschaft zu kündigen, kam von Landesschatzmeister Horst Hirschberger. Er versichert, es sei ein Büroversehen, ein Irrtum gewesen, der Europäischen Bewegung (Beitrag: 150

Euro) die Kündigung zu schicken. Einige seiner Parteifreunde, die aber nicht namentlich genannt werden wollen, melden daran Zweifel an. Ihre Botschaft: Sparkommissar Hirschberger soll die Weisung erteilt haben, als die Kündigung Wellen schlug, habe die neue Mitarbeiterin den Kopf hinhalten müssen. Hirschberger dazu: „Ich war es nicht!“

## MEINUNG

## Liberaler Fehltritt

Von SZ-Redakteur  
Michael Jungmann

Da bleibt sogar dem sonst so forschenden Chef-Liberalen Christoph Hartmann die Spucke weg. Ausnahmsweise ist der Parteichef ahnungslos. Auch der Generalsekretär und Europaabgeordnete Jorgo Chatzimarkakis wird von der Aktion der eigenen Parteizentrale überrascht, der Europäischen Bewegung nicht die Freundschaft, dafür aber die mit Beitragszahlung verbundene Mitgliedschaft zu quittieren. Als „Büroversehen“ wird versucht, den Fehltritt zu verharmlosen. Wenn dem so ist, dann ist die Kündigung für die Mustereuropäer um Hartmann und Chatzimarkakis mehr als peinlich. Belegt der Vorfall doch, dass offenbar niemand den Überblick über die Aktivitäten der Landesgeschäftsstelle hat.

## 250 fuhren mit dem Rad zur Arbeit

## Aktion von AOK und ADFC – Mehr Radwege gefordert

Saarbrücken. Mehr Berufstätige motivieren, das Fahrrad als Verkehrsmittel zu nutzen, ist Ziel der bundesweiten Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“. Im Saarland wurde sie im vergangenen Jahr zum ersten Mal gestartet – von der AOK, dem Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) und unter Schirmherrschaft von Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi. 250 Teilnehmer hätten mitgemacht, sagte AOK-Marketingleiter Willi Gregorius bei der Abschlussveranstaltung der Aktion. Wer mitmachen wollte, musste an mindestens 20 Tagen des Jahres mit dem Rad zur Arbeit fahren. Unter den Teilnehmern wurden mehrere Preise verlost, darunter zwei hochwertige Fahrräder. Man wolle die Aktion fortsetzen, sagte Gregorius. Das begrüßte auch Heike Zieg-

ler-Braun vom ADFC. Allerdings betonte ADFC-Sprecher Thomas Fläschner gegenüber unserer Zeitung, dass Radfahrer im Saarland nach wie vor nur einen geringen Anteil der Verkehrsteilnehmer stellen. In Saarbrücken etwa liege dieser bei drei Prozent, in Dillingen oder Saarlouis ebenfalls lediglich zwischen fünf und sechs Prozent. Während es bei den touristischen Radwegen im Lande deutliche Fortschritte gebe, herrsche in den Innerstädten derzeit „Stillstand“. Nachholbedarf konstatierte auch Georgi. Dies zu ändern sei aber Sache der Kommunen. Es gelte, sie zu „mehr Engagement für die Radfahrer zu ermuntern“, das heißt: mehr Radwege zu bauen. *dgl*

## Im Internet:

www.adfc-saar.de

## Imke Greitzke ist neue Schülersprecherin für die Saar-Gymnasien

Saarbrücken. Bei der Neuwahl der Landesschülervertretungen ist Imke Greitzke vom Saarbrücker Gymnasium am Rotenbühl zur neuen Chefin für die Gymnasien gewählt worden. Sie löst laut Kultusminister Thorsten Lion ab, der bisher auch der Gesamtschülervertretung des Landes vorstand. Für Gesamt- und Berufsschulen wurden mit Andreas Birken von der Gesamtschule Rastbachtal und Matthias Skribiak vom Berufsbildungszentrum (BBZ) Saarlouis ebenfalls neue Chefs gewählt. Bei den Berufsfachschulen ist Matthias Züribig vom BBZ Merzig nun Vorsitzender. Heute folgen die Wahlgänge für Erweiterte Realschulen und Schulen für Behinderte. In den nächsten Wochen soll der neue Chef der Gesamtschülervertretung bestimmt werden. *nof*

## Kinder-Uni zum Thema Klimawandel



Warum es auf der Erde immer wärmer wird, war gestern das Thema der Saarbrücker Kinder-Uni. Professorin Liselotte Diester-Haaß erklärte den jungen Studenten, dass dafür die Menschen verantwortlich sind, die mit ihrer Lebensart zu viel Kohlendioxid produzieren und damit der Umwelt schaden. Und so, das begriffen die gut 500 Kinder im Hörsaal schnell, kommt es zu den derzeit warmen Temperaturen, die verhindern, dass man im Januar mit dem Schlitten fahren kann. *isi/Foto: Iris Maurer*



Die politische Führung muss sich keine Sorgen ums Mittagessen machen. Die Minister Schreier und Kramp-Karrenbauer gestern beim Studieren der Menükarte des Landtag-Restaurants. *Foto: Bub*

## Schulesen soll nicht am schmalen Geldbeutel der Eltern scheitern

## Landtag diskutiert Zuschuss für sozial schwache Kinder

**Landtags-Streit ums Schulesen: Wer soll zahlen, wenn Kinder aus armen Familien sich das Mittagessen in der Ganztagschule nicht mehr leisten können? Eine saarländische Übergangsregelung soll es richten.**

Von SZ-Redakteur  
Guido Peters

Saarbrücken. Die Landtags-Parteien waren sich darüber einig: Auch für Kinder aus armen Familien muss es ein Mittagessen in Ganztagschulen geben. Munter gestritten wurde gestern allerdings im Plenum über die Frage, wies dies möglich gemacht werden soll. Letztlich setzte sich ein gemeinsamer Antrag von Union und FDP durch. SPD und Grüne, die ebenfalls zusammen ein Papier erarbeitet hatten, enthielten sich der Stimme. Das Problem: Viele Ganztagschulen klagen darüber, dass Kinder von Hartz-IV-Empfängern nicht am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen. Denn: Die Eltern können den Preis von 2,50 Euro nicht zahlen. Die Hartz-IV-Unterstützung sieht für ein solches Essen lediglich rund einen Euro vor. Wer also kommt für die restlichen 1,50 Euro auf? Eine bundesweit gesetzliche Regelung gibt es bisher nicht. Kultusminister Jürgen Schreier (CDU) setzt daher auf eine Bundesrats-Initiative der Landesregierung, die bereits vorliegt. Sie soll im Bund für eine einheitliche Lösung („Mehrbedarfszuschlag bei Hartz IV“) sorgen. Wo das Land bereits Träger von Sonderschulen ist, sei eine Über-

gangsregelung getroffen worden. Kinder können dort bei einer Eigenbeteiligung von einem Euro am Mittagstisch teilnehmen. Für Schreier ist klar: „Ein Mittagessen gehört zum Mindeststandard beim Betreuungs-Angebot am Nachmittag.“

Der Landtag forderte die Landesregierung auf, mit den übrigen Schulträgern (vorwiegend Landkreisen und Kommunen) Vereinbarungen zu schließen, damit künftig auch Kinder aus sozial schwachen Familien für einen Euro am Essenstisch Platz nehmen können.

SPD-Bildungsexperte Reiner Braun wertete in der Debatte das gemeinsame Mittagessen als „pädagogisches Kernelement der Ganztagschule“. Er warf Schreier vor, eine Bundesrats-Initiative „vorzugaukeln“. „Sie wollen über soziale Ausgrenzung hinwegtäuschen.“ Die CDU-Abgeordnete Gisela Rink meinte, die SPD stimme lediglich aus parteitaktischen Gründen dem Antrag nicht zu. Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Manfred Baldauf, plädierte für eine saarländische Übergangslösung, bis es zu einer bundesweiten Regelung kommt. Er erinnerte an das benachbarte Rheinland-Pfalz, das einen Zuschuss von einer Million zur Verfügung gestellt habe. Damit werde die Lücke zwischen Eigenbeteiligung der Eltern und der tatsächlichen Essenskosten geschlossen. Barbara Spaniol von den Bündnisgrünen brachte das Problem auf den Punkt: „Das Schulesen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.“

„Sie machen die Ganztagschule ununterbrochen madig.“

Jürgen Schreier zur SPD

## Für Gleichstellung von Partnerschaften im Beamtenrecht

Saarbrücken. Der saarländische Landtag hat den Weg für die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im Beamtenrecht freigemacht. Eine entsprechende Gesetzesänderung wurde gestern mit den Stimmen der Oppositionsparteien von SPD, Grünen und FDP in erster Lesung verabschiedet. Die CDU-Mehrheitsfraktion enthielt sich der Stimme. Die Neuregelung strebt die Gleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beim Familienzuschlag, der Beihilfe und der Hinterbliebenenversorgung an. Die CDU will jetzt im Landtags-Ausschuss eine Anpassung auch an andere Gesetze erörtern. *gp*

## Grüne zogen ihren Vorstoß für mehr Bürgernähe zurück

Saarbrücken. Die von den Grünen beantragte Debatte über die Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden im Saarland hat gestern im Landtag nicht stattgefunden. In letzter Minute hatten die Grünen am Vorabend ihren Entwurf zur Änderung der Verfassung des Saarlandes zurückgezogen. Da war nämlich bekannt geworden, dass Ministerpräsident Peter Müller (CDU) am Mittwoch nicht im Landtag präsent sein werde, weil er an der Trauerfeier für den früheren Trierer Bischof Hermann Josef Spital teilnahm. Vorstöße zur Erleichterung von Volksbegehren hatten zuvor auch schon SPD und FDP unternommen. *gf*